

Datenschutzinformation Beschäftigte

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Eberbacher Baugenossenschaft eG
Hauptstraße 2-8, 69412 Eberbach
Tel. 06271/4011, Fax: 06271/71868
Mail: info@eberbacher-baugenossenschaft.de

Verantwortliche

Peter Knapp, Hauptamtlicher Vorstand
Lothar Jost, nebenamtlicher Vorstand

Zweck der Verarbeitung

- a) Einstellung neuer Mitarbeiter
- b) Abwicklung des Arbeitsverhältnisses
- c) Lohn- und Gehaltsabrechnung

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Vertrag -> Arbeitsvertrag bzw. Anbahnung Arbeitsvertrag, Tarifvertrag
Wohnungswirtschaft
2. Gesetz -> Arbeitszeitgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Steuer- und
Sozialversicherungsgesetze, Buchhaltungspflichten nach HGB und
Steuergesetzen

Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen personenbezogener Daten mitgeteilt werden können

1. Interne Empfänger:

Geschäftsführung

Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
ggf. Aufsichtsrat

2. Externe Empfänger:

IT-Dienstleister bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z.B. externe IT-Administration, ERP-Systemhersteller, etc.)

Finanzamt

Sozialversicherungsträger

Dienstleister für die Lohnabrechnung

Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater

Gläubiger der Beschäftigten bei vorliegenden Pfändungs- u. Überweisungsbeschlüssen

Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzlicher Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)

Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine solche Übermittlung erfolgt nicht und ist nicht geplant

Nach Art. 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1. **Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht auf:

- 1.1. Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2. Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3. Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4. Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5. Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- 1.6. Datenübertragbarkeit

2. **Speicherdauer**

- 2.1. Daten aufgrund von Vertragsanbahnungen werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Löschung nicht entgegenstehen. Papierbewerbungsunterlagen werden in angemessener Frist an die Bewerber zurückgegeben. Elektronische Bewerbungen werden zeitnah nach Ablauf der Nachweisfristen des AGG gelöscht.
- 2.2. Die Personalakte wird während der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses geführt.
- 2.3. Nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses werden die Personalakten im Interesse des Arbeitnehmers über die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten hinaus bis zum Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters des ausgeschiedenen Mitarbeiters vorgehalten (Nachweis Beschäftigungszeiten, Betriebsrentenansprüche).

3. **Widerrufsrecht bei Einwilligung**

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. In solchen Fällen ist der Widerruf einer Einwilligung nicht möglich.

4. **Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde**

- 4.1. Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.
- 4.2. Beschwerden richten Sie bitte an:
Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstrasse 10 a, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711/615541-0, Fax: 0711/615541-15
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5. **Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung**

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind nach den Steuer- und Sozialversicherungsgesetzen verpflichtet diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen, würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre oder Haftungsansprüche (Finanzamt, Sozialversicherung) gegen unser Unternehmen auslösen würde.

6. **Automatische Entscheidungsfindung**

Eine automatische Entscheidungsfindung erfolgt nicht.

Stand: 23.05.2018